

! Platzhalter für Aufkleber !

Bachelor of Arts in Business Administration
PRÜFUNG WINTERSEMESTER 2022/2023 (04.02.23)

KLAUSUR

Aufgabe:

Verkehrsteuerliche Einflüsse im Unternehmen (M7)

Hinweis:

Die in den einzelnen Teilaufgaben jeweils maximal zu erzielenden Punkte ergeben sich aus den Angaben auf den nachfolgenden Seiten. Diese Klausur bzw. Teilklausur besteht aus insgesamt **3** Seiten. **Es können maximal 40 (in Worten: vierzig) Punkte erzielt werden.** Die Bearbeitungszeit beträgt **40 (in Worten: vierzig) Minuten.**

Nur vom Prüfer auszufüllen:

Erreichte Punkte:

40 Punkte (max.)

Unterschrift Prüfer:

Prof. Dr. Voos

A. Wahr-/Falsch-Aussagen (je 2 Punkte, insgesamt: 10 Punkte)

Die nachfolgenden Aussagen sind:	Wahr	Falsch
1. Die Umsatzsteuer ist eine direkte Steuer!		
2. Wenn ein Kfz-Händler seine eigene Ladeneinrichtung verkauft, dann macht er das „im Rahmen seines Unternehmens“ als „Nebengeschäft“!		
3. Der Wechsel im Gesellschafterbestand einer grundbesitzhaltenden Personengesellschaft führt <u>nie zur Entstehung</u> der Grunderwerbsteuer!!		
4. Die sog. „Zusammenfassende Meldung (ZM)“ ist zusammen mit der Umsatzsteuer-Voranmeldung beim jeweils zuständigen Finanzamt fristgerecht einzureichen!		
5. Der Verkauf von Anteilen an einer grundbesitzhaltenden Kapitalgesellschaft führt <u>stets</u> zu einer Verwirklichung des grunderwerbsteuerbaren Tatbestands „Anteilsvereinigung in einer Hand“!		

B. Verständnisfragen (je 4 Punkte, insgesamt: 20 Punkte)

1. Erläutern Sie die wesentlichen Unterschiede zwischen einer Lieferung und einer sonstigen Leistung hinsichtlich ihrer Definition und der grundlegenden Ortsbestimmungsvorschriften!
2. Was verstehen Sie unter „unentgeltlichen Wertabgaben“? Welche zwei Ausprägungen kennen Sie? Nennen Sie jeweils ein Beispiel!
3. Nennen Sie jeweils zwei steuerfreie Umsätze ohne Vorsteuerabzug und zwei steuerfreie Umsätze mit Optionsmöglichkeit!
4. Erläutern Sie welche grunderwerbsteuerlichen Folgen sich ergeben, wenn ein Personengesellschafter seiner Personengesellschaft ein Grundstück zu fremdüblichen Preisen überträgt. Das Grundstück befand sich vor Übertragung in seinem Alleineigentum. An der Personengesellschaft ist er zu 25% beteiligt. Nennen Sie auch die Rechtsgrundlage(n)!
5. Erläutern Sie die Voraussetzungen und Rechtsfolgen der sog. „grunderwerbsteuerlichen Organschaft“. Nennen Sie auch die Rechtsgrundlage(n)!

C. Einzelsachverhalte (insgesamt: 10 Punkte)

Sie sind Steuerberater. Der Vermieter V kommt zu Ihnen in die Kanzlei und erläutert Ihnen folgenden Sachverhalt:

Er (=V) ist Bauherr und Eigentümer eines gemischt-genutzten Gebäudes mit Herstellungskosten von 2.380.000 Euro (brutto). Das Erdgeschoss ist vollständig an den selbständigen Zahnarzt „Dr. med. dent. Zacharias Zahn“ für sein Unternehmen vermietet. Das 1. Obergeschoss ist an den angestellten Rechtsanwalt „Prof. Dr. iur. Rudi Ratlos“ zu eigenen Wohnzwecken vermietet. Die Mieten betragen für Zahn (netto) 2.000,00 Euro und für Ratlos (netto) 3.200,00 Euro pro Monat. Die Flächen betragen im Erdgeschoss 100 qm und im 1. Obergeschoss 200 qm. Am Stammtisch der Kneipe „Zum gläsernen Krug“ wurde ihm gesagt, dass er die ganze Vorsteuer von 380.000 Euro gegenüber dem Finanzamt geltend machen könne. Diese würde ihm dann erstattet.

Folgende Fragen sind zu beantworten:

1. Welche umsatzsteuerliche Leistung erbringt der Vermieter V? Stichpunkte sind ausreichend! **(2 Punkte)**
2. Ist die Leistung des Vermieters V steuerfrei oder steuerpflichtig? Nennen Sie die Rechtsgrundlage! **(2 Punkte)**
3. Erläutern Sie anhand des geschilderten Sachverhalts, ob für den Vermieter V hinsichtlich seiner Umsätze eine Optionsmöglichkeit besteht, welche Voraussetzungen zu erfüllen sind und wie hoch die maximal abziehbare Vorsteuer ist! **(6 Punkte)**